

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Wir brauchen eine SPD-Regierung für Hessen, die die Arbeitsplätze, den Lebensstandard und die Produktion schützt

Die ArbeitnehmerInnen sind in größter Sorge: Infolge der Finanzkrise entwickelt sich eine Weltwirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes und zieht bereits jetzt die industrielle Produktion in ihren Strudel. Die Krise des Automobilkonzerns General Motors bringt die Produktion bei Opel in Deutschland in Gefahr. In Hessen arbeiten 18.500 Kolleginnen und Kollegen bei Opel. 50.000 Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie sind von Opel in Hessen abhängig.

Kann man es zulassen, dass Koch sich als Retter von Opel aufspielen kann?

Roland Koch, der keine Mehrheit in Hessen hat, war der Vertreter der Bundesländer, der mit der Bundesregierung die Maßnahmen zum sogenannten Subventionsabbau, d.h. der Schwächung der Kaufkraft (Kürzung der Eigenheimzulage, Kürzung der Pendlerpauschale, Abschaffung der Steuerfreiheit von Job-Tickets, Kürzung der Steinkohle- und Werfthilfen sowie Zurückführung der Hilfen für die Land- und Forstwirtschaft) sowie die Entlastung bei der Erbschaftssteuer, zu verantworten hat, alles Elemente zur Verschärfung der Krise.

Nun brüstet sich Koch, mit der 500-Mio.-Bürgschaft des Landes für Opel, die vor der Auflösung des Landtags beschlossen wurde, einen „Schutzschirm für die Arbeitsplätze und die Automobilindustrie“ aufgebaut zu haben. Die Bundesregierung und Koch hatten vor der Verabschiedung dieses hessischen Rettungspakets Gespräche mit der EU-Kommissarin für Wettbewerb, Kroes, geführt. Für den Fall, dass Opel die 1,8 Milliarden-Bürgschaft von Bund und Ländern länger als 6 Monate in Anspruch nimmt, muss ein detaillierter Restrukturierungsplan vorgelegt werden, der schmerzliche Auflagen, z.B. die Schließung einzelner Betriebsteile, vorsehen könne.

Die GM/Opel-Führung will die „Struk-

turkosten“ um 750 Mio. Dollar senken; dazu gehören eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden sowie eine Nullrunde für die Beschäftigten (seit den 90er Jahren hat GM-Opel bereits 50% der Arbeitsplätze abgebaut und die Löhne um etwa 30% gesenkt).

Das aber dient weder der Verteidigung der Arbeitsplätze und der Produktion, noch des Lohns.

Für welche politischen Entscheidungen muss die SPD, muss eine SPD-Regierung in Hessen eintreten, um einen „wirklichen Schutzschirm für die Arbeitsplätze, Produktion und Löhne“ aufzubauen?

Die Fakten zeigen es: die 500 Mio.-Bürgschaft ist nichts anderes als eine enorme Umverteilung zugunsten der Unternehmerprofite, für die öffentliche Haushalte geplündert werden, auf Kosten der gesellschaftlichen Kaufkraft (auch für den Autokauf).

Brauchen die ArbeitnehmerInnen nicht eine Entscheidung der Landesregierung, die der GM/Opel-Führung jede Arbeitsplatzvernichtung sowie die Kürzungen der Reallohneinkommen und damit der Kaufkraft der KollegInnen untersagt und Produktionsstilllegungen aufhebt?

Wenn Finanzmittel für die Produktion fehlen sollten, müssen sie dann nicht aus den Milliarden-Gewinnen genommen werden, die die KollegInnen erarbeitet haben und die jahrelang zu den Anteilseignern, Finanzinvestoren, Aktienbesitzern von GM/Opel geflossen sind?

Kein Cent darf aus dem öffentlichen Haushalt für die Unternehmerprofite fließen!

Sollte GM/Opel solchen Entscheidungen zuwider handeln, ist es dann nicht notwendig, Opel-Rüsselsheim, die Produktionsanlagen, die Arbeitsplätze und Finanzmittel unter den staatlichen Schutz des Landes zu stellen und die Produktion unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen, ihres unabhängigen gewerkschaftlichen Be-

triebsrat und der IG Metall fortzuführen?

Sind das nicht dringlich erforderliche Maßnahmen, für die die SPD antreten muss, um die Stimmen der Arbeitnehmermehrheit für eine SPD-geführte Regierung zu erobern, die solche Maßnahmen ergreift?

Es geht um das Schicksal der Region, es geht um die industrielle Produktion, es geht um die Arbeitsplätze in Hessen.

Der Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze, Tarifverträge und Verteidigung der Produktion in Hessen hat bereits begonnen: Die Rückkehr in den Tarifvertrag bei der durch einen Finanzinvestor aufgekauften Vakuumschmelze in Hanau zeigt, dass die hessische SPD als Partei den Kampf um die Arbeitsplätze und den Lohn unter Führung von Andrea Ypsilanti aufgenommen und ihr Mandat als Landtagsabgeordnete dafür eingesetzt hat. Eine SPD-Regierung, die ermöglicht hätte, den Flächentarifvertrag einzuhalten und die Arbeitsplätze zu schützen, wurde durch die 4 Mandatsverweigerer verhindert.

Wer kann ernstlich ein Interesse haben, dass solch eine Regierung verhindert wird?

Die SPD-geführte Mehrheit im Hessischen Landtag hat den Tarifbruch von Koch für die Angestellten zurückgenommen und die Einkommen dem Tarifvertrag der Länder angepasst. Eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft hat die geschäftsführende Koch-Regierung verweigert.

Notwendig ist daher eine Offensive der SPD zur Eroberung einer verstärkten Mandatsmehrheit für eine SPD-Regierung für eine Politik der Aufhebung der sozialen Ungerechtigkeiten und zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend vor der Krise!

MICHAEL ALTMANN
(Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative)